

Nr. 18/230

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bundesfreiwilligendienst stärken – Anreizsystem schaffen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Januar 2012
(Drucksache 18/200)
2. Energetische Gebäudesanierung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2012
(Drucksache 18/236)
3. Umweltfreundliches Bestattungswesen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Februar 2012
(Drucksache 18/242)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. März 2012
(Drucksache 18/308)
4. Öffentliche Aufträge mit Beschäftigungsförderung verknüpfen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 16. Februar 2012
(Drucksache 18/248)
5. Sexuellen Missbrauch von Menschen mit Behinderung bekämpfen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Februar 2012
(Drucksache 18/249)
6. Betreuung unter dreijähriger Kinder im Land Bremen: Entwicklung, Stand und Ausbauplanung
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Februar 2012
(Drucksache 18/250)
7. Leistung muss sich lohnen: Chancengerechtigkeit in der Bildung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/254)
8. Evaluation des neuen Wahlrechts
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/269)
9. Umsetzung der Ergebnisse des runden Tisches zum Bauabschnitt 2.2 der A 281
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/270)

10. Studentischer Wohnungsmarkt: Zwischen Spardruck auf Studentenwerk und Renditeerwartungen an Hedgefonds-Wohnheime
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 28. Februar 2012
(Drucksache 18/279)

Nr. 18/231

Fragestunde

1. Sport- und bewegungsfreundliche Grundschulen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Dr. Thomas vom Bruch, Heiko Strohm
mann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2012
2. Öffentlich geförderte Beschäftigung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Claas Rohmeyer, Heiko Strohm
mann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2012
3. Führerschein gegen Jahreskarte
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohm
mann, Thomas Röwe
kamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2012
4. Einsatz des pädiatrischen Notfalllineals in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Heiko Strohm
mann, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2012
5. Offshore-Terminal Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Heiko Strohm
mann, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 22. Februar 2012
6. „Grünes“ Energiemanagement für europäische Häfen
Anfrage der Abgeordneten Frank Willmann, Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Matthias
Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2012
7. Zahngesundheit von Schülerinnen und Schülern
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Doris Hoch, Sülmez
Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Fe
bruar 2012
8. Methadon-Substitution im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 23. Februar 2012
9. Beratungstätigkeit der Verbraucherzentralen steuerbegünstigt stellen
Anfrage der Abgeordneten Sarah Ryglewski, Björn Tschöpe und Fraktion der
SPD vom 28. Februar 2012
10. Neue Rockergruppierung „Black Jackets“
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Heiko Strohm
mann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. Februar 2012
11. Spielhallen, Vergnügungssteuer und Spielsucht
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Frak
tion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Februar 2012
12. Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 5. März 2012
13. Privates Justiz-Inkasso
Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Heiko Strohm
mann, Thomas
Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. März 2012

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

14. **Verwaltungsverfahren bei Lehrerwechsel zwischen Bundesländern**
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. März 2012

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/232

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Hohe Kriminalitätsbelastung nicht kleinreden – Bürger vor Diebstahl, Raub und Wohnungseinbruch wirksam schützen!“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
„Energiewende: nicht auf halbem Weg stehenbleiben“.

Nr. 18/233

Beirat Platt einrichten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 2011
(Drucksache 18/182)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kultur.

Nr. 18/234

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. Dezember 2011
(Drucksache 18/158)
1. Lesung

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/235

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen Transparenz der demokratischen Kontrolle des Landesamtes für den Verfassungsschutz

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 14. März 2012
(Drucksache 18/300)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/236

Bedarfsgerechte Versorgung mit Hospizplätzen im Land Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Dezember 2011
(Drucksache 18/175)

Der Antrag ist von den Antragstellern zurückgezogen.

Nr. 18/237

Ganzheitliche Begleitung und Versorgung Schwerstkranker und Sterbender absichern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Januar 2012
(Drucksache 18/210)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/238

Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/263)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. Dezember 2012 ein Konzept für die Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Palliativ- und Hospizversorgung im Land Bremen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind die Kranken- und Pflegekassen als die entscheidenden Kostenträger sowie die bisher beteiligten und erfahrenen Akteurinnen und Akteure der Hospiz- und Palliativversorgung einzubeziehen.
2. Das Konzept sollte dabei, ausgehend vom demografischen Wandel, folgende Aspekte berücksichtigen:
 - Unterstützung der meist im psychosozialen Bereich geleisteten ehrenamtlichen Arbeit in der Hospizbewegung durch die Förderung von Qualifizierung und Supervision der Freiwilligen.
 - Sicherstellung der Fort- und Weiterbildung von Pflegepersonal in der Palliativmedizin und Hospizarbeit.
 - Verbesserung der palliativmedizinischen und psychosozialen Betreuung von älteren und behinderten Menschen in den Pflegeeinrichtungen.
 - Förderung der Zugangsmöglichkeit für Menschen mit Migrationshintergrund, auch ohne deutsche Sprachkenntnisse, und Berücksichtigung des speziellen Unterstützungsbedarfs bei der ambulanten und stationären Versorgung von Kindern und Jugendlichen.
 - Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und den verschiedenen Palliativdienstleistern.
 - Zusammenarbeit mit den beteiligten Berufsverbänden zur palliativmedizinischen Weiterbildung, insbesondere der Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner.
 - Insbesondere ist zu prüfen, wie – speziell für Bremerhaven und Bremen-Nord – eine bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen zu realisieren ist.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Gesprächen mit den Kranken- und den Pflegekassen als Hauptkostenträger sowie den bisher beteiligten und erfahrenen Akteurinnen und Akteuren der Hospiz- und Palliativversorgung den tatsächlichen Bedarf der Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen zu ermitteln und eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Dabei soll der Schwerpunkt auf der ambulanten Pflege und Begleitung der Menschen und der entsprechenden fachkundigen Beratung innerhalb der jetzt schon vorhandenen Beratungsstruktur liegen.

Nr. 18/239

Wachstumsstrategie zur Stärkung der Kreativwirtschaft

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 21. März 2012
(Neufassung der Drucksache 18/215 vom 25. Januar 2012)
(Drucksache 18/319)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und die staatliche Deputation für Kultur ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Der Senat wird gebeten, ressortübergreifend, unter Federführung des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen eine Wachstumsstrategie für die Kreativwirtschaft zu entwickeln, den akteursgetriebenen Bremer Ansatz der Kreativwirtschaftsförderung zu stärken sowie die Professionalisierung und Vernetzung weiterzuentwickeln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass
 - a) die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einem Schwerpunkt des Standortmarketings wird, indem Projekte der Akteure als „Leuchttürme“ des Struktur- und Imagewandels der Kreativwirtschaft stärker sicht- und erlebbar werden.
 - b) Modelle kreativer Quartiersentwicklung (Bremer Westen und Überseestadt, Plantage, Neustadt/Links der Weser, Faulenquartier, Innenstadt, das BWK-Gelände und andere) als Vorreiterprojekte einer gesamtstädtischen Entwicklung gesehen und befördert werden. Dazu gehören auch die Prüfung von Public-Private-Partnership-Modellen als Anker und Impulsgeber für Sanierung und Stabilisierung, die kreativwirtschaftliche Entwicklung von Immobilien und die Schaffung sozialer Infrastrukturen zur Steigerung der Attraktivität Bremens für junge Familien.
 - c) die Angebote von Hochschulen, Berufsschulen und anderen (Aus-)Bildungseinrichtungen vermehrt an den Fachkräftebedarfen der kreativen Branchen orientiert werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,
 - a) die in den vergangenen Jahren entwickelten Strukturen und Programme zur Förderung der Kreativwirtschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln.
 - b) Verfahren und Formate zu entwickeln, um künftig Aufträge der Verwaltungen, Gesellschaften und weiterer öffentlicher Auftraggeber in den kreativwirtschaftlichen Bereichen
 - Gestaltung,
 - Veranstaltungen und Präsentationen,
 - Publikationen,
 - Werbung und Kommunikation,
 - Produktion,
 - Ideenwettbewerbe und Unternehmenskooperationenkontinuierlich offen zu kommunizieren und Akteure zur Beteiligung zu motivieren, um so den kreativen Wettbewerb der Kreativwirtschaft, der Hochschulen und der Kultureinrichtungen zu fördern.
 - c) Stipendienprogramme, Fortbildungen und Wettbewerbe für die Kreativwirtschaft in der Metropolregion im Nordwesten weiterzuentwickeln.
 - d) Modell- und Experimentierprojekte zu fördern, die die kooperative Arbeit der Kreativwirtschaft sowohl mit Unternehmungen aus Industrie, Handwerk und Handel als auch aus öffentlichen Sektoren wie Bildung, Kultur, Stadtentwicklung, Gesundheit und Sport entwickeln.

- e) die dafür vorhandenen Mittel zu benennen und entsprechend den beschriebenen Zielsetzungen gegebenenfalls neu zu gewichten und entsprechende Maßnahmen finanziell angemessen auszustatten.
- f) der Bürgerschaft (Landtag) über die eingeleiteten Maßnahmen und erzielten Erfolge alle zwei Jahre einen Fortschrittsbericht Kreativwirtschaft vorzulegen.

Nr. 18/240

Wärmeatlas für Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. Januar 2012
(Drucksache 18/216)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Planungsgrundlage für die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen im Bereich der Wärmenetze und zur regenerativen Wärmeerzeugung in den Städten Bremen und Bremerhaven sowie eine Solarpotenzialanalyse in der Stadt Bremen zu schaffen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat um einen ersten Zwischenbericht binnen sechs Monaten in der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Nr. 18/241

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Meldewesen – Meldegesetz

Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 30. Januar 2012
(Drucksache 18/217)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/242

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes

Aktivitäten der Rüstungsindustrie an bremischen Hochschulen unterbinden – Zivilklausel im Hochschulgesetz verankern – Forschungsstellen zum Ausschluss von Rüstungsforschung einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 31. Januar 2012
(Drucksache 18/220)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/243

UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Antrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Februar 2012
(Neufassung der Drucksache 18/233 vom 9. Februar 2012)
(Drucksache 18/276)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. September 2013 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen zur Beratung und Beschlussfassung

vorzulegen, der eng mit dem Aktionsplan des Bundes und den Plänen anderer Bundesländer abzustimmen ist.

2. Für die Ausarbeitung des Aktionsplans soll ein temporärer Expertenkreis unter Beteiligung von Vertretern aus Politik und Verwaltung, Vertretern aus Behindertenverbänden und Menschen mit Behinderungen ins Leben gerufen werden. Erster Vorsitzender ist der Landesbehindertenbeauftragte, der den Expertenkreis leitet. Zweiter Vorsitzender ist ein Vertreter der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen. Dieser Expertenkreis soll den Aktionsplan im Sinne des Artikels 4 der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeiten.
3. Der Expertenkreis soll – ausgehend von der Annahme, dass die Umsetzung der Konvention eine Querschnittsaufgabe ist – zunächst Handlungsfelder für das Landesaktionsprogramm identifizieren, in denen zunächst und vorrangig Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention entwickelt und ergriffen werden. Dabei sollen mindestens folgende Aspekte berücksichtigt werden:
 - Es ist in allen Handlungsfeldern in der Umsetzung der BRK dem Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung beizumessen.
 - Es ist herauszuarbeiten, welche Maßnahmen zur Verbesserung von Barrierefreiheit und Zugänglichkeit (Artikel 9 Abs. 1 der Behindertenrechtskonvention) in allen Handlungsfeldern erforderlich sind und welche bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen geändert werden müssen.
 - Es ist zu prüfen, ob und welche Maßnahmen zur Umsetzung des Schutzes des Persönlichkeitsrechts (Artikel 10 bis 23 der Behindertenrechtskonvention) auf Landesebene erforderlich sind. Dabei ist zu prüfen, inwieweit bestehende rechtliche Rahmenbedingungen, u. a. das „Bremische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten“, weiterentwickelt werden müssen.
 - Es sind Handlungsschritte festzulegen, die zu einer Verbesserung des Wohnangebotes sowie des Angebotes an wohnortnahen Unterstützungsdiensten und Dienstleistungen im Sinne des Artikel 19 der Behindertenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung führen.
 - Es ist zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen im Bereich eines integrativen Bildungssystems auf allen Ebenen des lebenslangen Lernens – aufgenommen werden hier die allgemeinbildenden Schulen – (Artikel 24 Abs. 1 der Behindertenrechtskonvention) in den Landesaktionsplan aufzunehmen sind.
 - Es sind Maßnahmen zur Gewährleistung eines gleichberechtigten und geschlechtsspezifischen Zugangs zu den Leistungen des Gesundheitswesens im Land Bremen zu entwickeln (Artikel 25 der Behindertenrechtskonvention).
 - Es ist zu untersuchen, ob und inwieweit die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation schwerbehinderter Arbeitssuchender ergänzt werden müssen, und wie sich, unter Berücksichtigung bundespolitischer Diskussionen und Vorgaben, der Übergang von einer Werkstattbeschäftigung hin zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verbessern lässt (Artikel 27 der Behindertenrechtskonvention).
 - Es sind Maßnahmen in allen Handlungsfeldern zu entwickeln, die der oft mehrfachen Diskriminierung von Mädchen und Frauen mit Behinderung Rechnung tragen (Artikel 6 Abs. 1 der Behindertenrechtskonvention).
 - Der Landesaktionsplan berücksichtigt die Interessen aller im Lande Bremen lebenden Menschen mit Behinderung. Der ausgearbeitete Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bremen und Bremerhaven soll auch in leichter Sprache, in Blindenschrift und in Gebärdensprache vorgelegt werden.

Nr. 18/244

Gesetz zum Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2012
(Drucksache 18/239)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/245

Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung

Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/256)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/246

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes – Zügige Besetzung von Ortsamtsleitungsstellen sicherstellen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Februar 2012
(Drucksache 18/278)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/247

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2010
(Drucksache 17/1576)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 18/248

Jahresbericht 2011 der Freien Hansestadt Bremen – Land – des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 9. Juni 2011

(Drucksache 18/1)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2011 der Freien Hansestadt Bremen – Land – Kenntnis.

Nr. 18/249

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2009 (Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2010, Drs. 17/1576) und zum Jahresbericht 2011 – Land – des Rechnungshofs vom 9. Juni 2011 (Drs. 18/1) vom 13. März 2012

(Drucksache 18/293)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 18/250

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 14. März 2012

(Drucksache 18/301)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/251

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Marie H o p p e

anstelle der Abgeordneten Linda Neddermann zum Mitglied und die Abgeordnete

Linda N e d d e r m a n n

anstelle der Abgeordneten Marie Hoppe zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.

